

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mt. 30 Pfg. oder monatlich 1 Mt. 30 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Woten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Corchfeld, Grundshabel, Reuheide, Oberhühnggrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterhühnggrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die rethspaltige Zeile 25 Pfg. Im Restamteil die Zeile 60 Pfg. Im ersten Teil die gespaltene Zeile 60 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger aufgegebenen Anzeigen.

Verl.-Bdr.: Amkollfall.

Verantwortl. Schriftleiter, Druck und Verleger: Emil Haunebahn in Eibenstock. 66. Jahrgang.

Samstags Nr. 110.

N 285.

Mittwoch, den 10. Dezember

1919.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 348 für den Stadtbezirk die Firma **Wilhelm Dietz, Zweigstelle Eibenstock**, als eine Zweigniederlassung der in Eibenstock unter derselben Firma bestehenden Hauptniederlassung, und als deren Inhaber der Fabrikant **Georg Wilhelm Dietz** in Eibenstock eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Metallwaren. Eibenstock, den 8. Dezember 1919.

Das Amtsgericht.

Verkauf von Futterkartoffeln

Im Grundstücke Winklerstr. 2 **Mittwoch**, den 10. dts. Mts., vorm. von 8 Uhr ab. Preis 5 M. der Zentner.

Eibenstock, den 8. Dezember 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Mittwoch, 10. Dezember, Marke R 4: 90 g Margarine zu 90 Pfg. **Schmalzeinfuhrkarte IV 14**: 50 g Margarine zu 50 Pfg. Marke R 1: 250 g Suppe zu 90 Pfg.
Donnerstag, 11. Dezember, Marke R 3: 150 g Runkelrübe zu 24 Pfg. Marke R 2: 500 g Kartoffelwalmehl zu 60 Pfg.
Freitag, 12. Dezember, **Nährmittelfarte IV 16**: 200 g Reis zu 88 Pfg. **Andernährmittel**: 125 g Grieß zu 23 Pfg., 1 Päckchen Süßmilch zu 55 Pfg.

Stillende und werdende Mütter erhalten $\frac{1}{2}$ Pfd. **Grieß** zu 23 Pfg. und 1 Pfd. **Rohrenhirse** zu 180 Pfg. Eibenstock, den 8. Dezember 1919.

Der Stadtrat.

Ausgabe der Milchkarten und Milchgutscheine

Mittwoch, den 10. und **Donnerstag**, den 11. dts. Mts., vormittags in der städtischen Lebensmittelabteilung gegen Vorlegung des Ausweisheftes. Der Gutscheine zum Milchverbilligung beziehen will, hat sein Bezugsrecht durch Vorlegung des Steuerzettels nachzuweisen.

Infolge Neuregelung der Milchversorgung dürfen Ueberflußmilchkarten an 66 Jahre alte Personen nicht mehr verausgabt werden.

Eibenstock, den 9. Dezember 1919.

Der Stadtrat.

Nutzholzversteigerung. Wildenthaler Staatsforstrevier.

Gasthof „Carlsdorf“ in Schönheiderhammer, **Donnerstag**, den 18. Dezember 1919, nachm. 1 Uhr:

3912 weiche Klöße 7—15 cm stark, 2000 weiche Klöße 16—22 cm stark, 1359 23—29 512 30 u. m. 19: 1 m weiche Nuthknüppel in Abt. 23, 57, 65 und 77 (Stahlhölzer), 2—77. (Einzelschlager).

Forstrevierverwaltung Wildenthal.

Forstrentamt Eibenstock.

Das große Staunen.

Millionen Deutschen ist erst bei der Bekanntgabe der hohen Steuerhöhen der neuen Reichssteuernsteuer, die doch nur eine einzige unter den zahlreichen neuen Steuern darstellt, klar geworden, was an Steuern von uns verlangt wird. Das Staunen über die Unwissenheit über die Finanzverwaltung sind groß. Und dabei ist dies erst der Anfang, denn wir werden bis heute noch nicht die Höhe der Kriegszuschussforderungen der Entente. Auch dem Steuerminister können wir wegen der Höhe der Abgaben keine Vorwürfe machen, die Steuerhöhen sind nach der Höhe der Ausgaben berechnet, die das Reich zu leisten hat. Wir können uns vielleicht andere Steuerwünschen, aber an weniger Steuern ist nicht zu denken. Leider nicht! Es scheint aber, als ob Millionen Deutsche jetzt erst aus ihrer Hoffnungslosigkeit aufwachen, in der sie auf hohen Gewinn, Gehälter und Löhne saßen, sonst aber sich dachten, es werde mit den Steuern schon nicht so schlimm werden. Tausende haben in dem Vertrauen gelebt, wir sagen einfach, wir haben nichts, und dann ist's gut. Damit kann aber weder das Reich seine Ausgaben bezahlen, noch wird die Entente damit entverstanden sein. Wir müssen also bezahlen. Jetzt an das Reich, dann an die Staaten, und zuletzt an die Städte bzw. an die Gemeinden.

Ganz Deutschland ist von Papiergeld überflutet, und diese Menge hat auch die Anschauung bestärkt, daß es mit den Steuern schon nicht so schlimm werden würde. Und wenn das vorhandene Papiergeld nicht ausreichte, dann würde einfach noch mehr gedruckt. Es wird nur vergessen, daß diese riesige Menge deutsches Papiergeld wenig wert ist, daß die Entente ihre Kriegskosten auch nicht in unserem Papiergeld, sondern in Gold oder gleichwertigen Materialien bezahlt haben will. Und die Lieferanten der Rohmaterialien, die unsere Industrie verarbeiten muß, wollen gleichfalls unser Papiergeld nicht für voll nehmen, sondern nur zu einem lächerlich niedrigen Kurse. Die Milliarden deutschen Papiergeldes sind also nur eine Illusion, der die bevorstehende Steuerleistung des Volkes wieder zu Leben und Wirklichkeit verhelfen soll.

Bisher haben wir Geld gedruckt, jetzt müssen wir es erarbeiten, wir zahlen zwar auch mit Papiergeld, aber hinter diesem stehen die Ergebnisse der Arbeit als vollgeschätzte Werte. Und diejenigen, die vom Kapital die Steuern entrichten, geben damit ihren Beitrag zur Stärkung der nationalen Arbeit

und des finanziellen Rückgrates des Reichs. Nur ist dies Kapitalvermögen lange nicht so groß, wie viele glauben. Die ehrlichen Kapitalisten haben durch Kurssturz und Steuern schon tüchtig geblutet, die Gewinnstreber haben ihr Geld über die Grenze gebracht. Die alte Regierung hat mit dem Fehler der Rücksicht gegen die Kriegsgewinner begonnen, und die neue hat ihn zu lange fortgesetzt, statt rechtzeitig zu bremsen. Wie hätten wir die hohen Lebensmittelpreise und Löhne erlangt, wenn die Möglichkeit der Uebergewinne bei Zeiten beschränkt wäre, und nie hätte die Marktwirtschaft einen solchen Tiefstand erreicht, wenn mit der Papiergeld-Druckerei rechtzeitig „Schluß“ gemacht worden wäre. Das sind die Ursachen von uns nur zu sehr bekannte Wirkungen und besser spät eine Aenderung, als gar keine.

Reichsfinanzminister Erzberger hat in seiner neuen großen Steuerrede die Jahressumme der direkten Reichs-Steuern auf 15 Milliarden, wovon 5 Milliarden an Staaten und Gemeinden fallen sollen, die der indirekten Abgaben auf 11 Milliarden berechnet. Ob diese ungeheuren Summen unter den heutigen Verhältnissen wirklich aufzubringen sind, muß sich bald zeigen, jedenfalls müssen die Ausgaben des Reichs auf die Möglichkeit zugeschnitten werden, daß diese 26 Milliarden nicht aufkommen, zumal die Rechnungen der Entente allem Anschein nach höher werden, als wir heute denken.

Wm.

Vor ernstern Entscheidungen.

Schwere Drohungen der Entente in Aussicht.

Deutschland hat das Ratifikationsprotokoll nicht, wie von der Entente gefordert, am 1. Dezember bedingungslos unterzeichnet, sondern im Gegenteil in einer Antwortnote an die Entente die ihm zugemutete Auslieferung von Schiffsbauausrüstung verweigert und die von der Entente gemachten Vorwürfe als unbegründet zurückgewiesen. Was nun? Da die Entente auf der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls besteht, wird der Eintritt des endgültigen Friedenszustandes auf unbekannte Zeit verzögert. Es handelt sich jetzt darum: Wird die Entente die von ihr geforderte Unterzeichnung des endgültigen Friedensprotokolls eventuell durch Gewaltmaßnahmen erzwingen wollen; oder geht sie auf Unterhandlungen mit Deutschland ein? Es gingen in den letzten Tagen Gerüchte durch die Presse, wonach Frankreich die militärische Befehung des Ruhrgebietes und Frankfurts plane. Am Sonnabend hat nun der

Oberste Rat eine Antwortnote an Deutschland fertiggestellt, die Anfang dieser Woche überreicht werden sollte. Der Text der Note wird noch geheim gehalten. Die französische halbamtliche Agentur „Havas“ sagt hierüber:

Das tiefste Geheimnis über die Note der Alliierten werde natürlich noch bewahrt. Wir glauben immerhin mitteilen zu können, daß sie in einem energischen Ton gehalten ist und zugleich die wünschenswerten Maßnahmen in Aussicht stellt. Man kann als gewiß annehmen, daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Vielleicht kann man unter diesen Umständen sogar hoffen, daß Deutschland vor Ende der nächsten Woche zum Austausch der Ratifikation schreiten wird. Bezüglich der Gefangenen der Ratifikation schreiben wird. Bezüglich der Gefangenenfrage erinnert die Note daran, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen wird. Hinsichtlich der Besetzung der Schiffe in Scapa Flow und der diesbezüglich geforderten Kompensationen wird auf die Einwände der deutschen Delegation in einer besonderen Note geantwortet. Der Oberste Rat schließt damit, daß er die deutsche Regierung nachdrücklich auffordert, das Protokoll über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages zu unterzeichnen. Sonst wäre er genötigt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen. Angesichts der besonderen Wichtigkeit der Note wird diese von der Entente dem Chef der deutschen Delegation Freiherrn v. Versner persönlich übergeben.

Sind Milderungen zu erwarten?

Im Gegensatz zu dieser offiziellen Darstellung besagen zahlreiche private Mitteilungen, daß die Note des Obersten Rates in Form und Inhalt gemäßigter gehalten sei, ja, daß sie keine besondere Drohung für eine eventuelle weitere Befehung deutschen Gebietes enthalte. Die Mäßigungen seien auf die Vorstellungen des deutschen Delegierten, Freiherrn von Versner, und auf das Einschreiten der amerikanischen Delegation zurückzuführen. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß die Marschälle Foch und Wilson für den Fall einer neuen Weigerung alle Maßnahmen für die Befehung des Ruhrgebietes und der Stadt Frankfurt getroffen haben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Entente und Reichsverfassung. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung

Letzter Bezeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919